

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 3

Artikel: Ein kommunistischer Musterstaat?
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337021>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein kommunistischer Musterstaat?

Chaos und Arbeiterwiderstand in der tschechoslowakischen Wirtschaft

Einer der Unterschiede zwischen Stalinismus und Chruschtschewismus, deren Identität in allen wesentlichen Dingen immer klarer zutage tritt, ist, daß man sich jetzt eher mit seinen eigenen Augen über die Verhältnisse in kommunistisch regierten Ländern unterrichten kann. Die meisten Beobachter, die einige dieser Länder durchquert haben, kommen begreiflicherweise mit dem Eindruck zurück, daß in dem Meer von Elend, Unzulänglichkeit und Unfähigkeit, das sie dort vorfinden, die Tschechoslowakei geradezu eine Insel des Wohlstands ist. «Endlich einmal ein kommunistisches Land», hat es einer definiert, «in dem man ein normales Hotelzimmer bekommen kann und in dem auch die Wasserleitung funktioniert.» Man wird eben bescheiden. (Hätte der gleiche Mann versucht, in Prag eine Rasierklinge zu kaufen, und hätte er, im Falle des Gelingens dieses kühnen Unterfangens, diese auch benutzt, wäre sein Urteil wahrscheinlich mehr zurückhaltend gewesen.) Aber es ist natürlich eine Binsenwahrheit, daß die Dinge nicht überall im kommunistischen Machtbereich gleich grau in grau sind und daß es trotz kommunistischer Gewaltherrschaft in einem Staat eher «klappt», der seinen östlichen und südöstlichen Nachbarn immer in allem weit voraus war. Beim Vergleich der Verhältnisse muß man eben vom vorkommunistischen Ausgangspunkt ausgehen, der große Verschiedenheiten zugunsten der Tschechoslowakei zeigt. Der richtige Maßstab der Betrachtung ist aber nicht, daß es irgendwo anders noch schlechter steht, sondern wie sich die Wandlungen der letzten Jahre im Bewußtsein der Bewohner des betreffenden Landes projizieren.

Kommunistische Eingeständnisse

Auch kritische Beobachtungen von Menschen, die keiner Regimepropaganda auf den Leim gehen, können kein so umfassendes Bild vermitteln wie die eigenen Angaben der Repräsentanten des Regimes, die allein einen vollen Überblick haben können. Soweit sie sich in prahlerischem Eigenlob erschöpfen, wird man ihnen kaum viel Beachtung schenken. Manchmal ist aber auch das recht vielsagend, so wenn man sich zum Beispiel in der Tschechoslowakei röhmt, daß der Butterverbrauch in den Jahren von 1954 bis 1957 um 40 Prozent gestiegen sei. Daraus geht nur hervor, wie anomal niedrig der Konsum an Butter nach der sogenannten «Währungsreform» des Jahres 1953 war, die der Bevölkerung alle Ersparnisse raubte und außerdem die Preise erhöhte. Wenn aber die Notwendigkeiten des Regimes – und sei es auch nur

die Notwendigkeit, der aufgestauten Unzufriedenheit ein Ventil dadurch zu öffnen, daß die Regierung so tut, als würde sie sich die Beschwerden des Volkes zu eigen machen – dieses unangenehme Tatsachen zuzugeben heißen, bekommt man einen Begriff davon, wie die auch vom Standpunkt ihrer Ziele unsinnige Justamentpolitik der Kommunisten die Wirtschaft des Landes zugrunde richtet und dadurch die jeder legalen Oppositionsmöglichkeit baren Arbeitermassen entweder zu einer Flucht in völlige Gleichgültigkeit oder zu einem zähen Widerstand passiver Resistenz zwingt.

In der Tschechoslowakei ist man jetzt wieder einmal – etwa zum zehntenmal seit 1948 – darauf gekommen, daß bisher alles falsch gemacht wurde und daß von nun an im Zuge einer Umorganisierung alles richtig gemacht werden wird. Den Schwierigkeiten, die sich aus der bis ins Lächerliche gehenden Überzentralisierung ergeben haben, gesellt sich jetzt die Parteipflicht bei, Chruschtschews Dezentralisierungsreform bis in alle Einzelheiten nachzuäffen, obwohl das Dezentralisierungsproblem in einem Staat von 128 000 Quadratkilometern ein ganz anderes Gesicht hat als in einem mit 22 Millionen Quadratkilometern. Wie die Arbeiter auf die Reformankündigungen reagieren, kann man unschwer Ausführungen des Ministers für Staatskontrolle, Josef Krosnar, auf der Oktobertagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei entnehmen:

«Wir haben mit Leuten zu tun, die bereit sein dürften, vor falschen Ansichten zurückzuweichen und statt einer ordentlichen Verteidigung des grundsätzlichen und den Richtlinien von Partei und Regierung entsprechenden Standpunktes sich zu versöhnlichen und schädlichen Kompromissen zu flüchten. Wir stoßen auch auf die Ansicht von Leuten, die sich der zentralen Führung überhaupt gerne entledigen würden . . . Es wird notwendig sein, die Querulanten und Angstmeier scharf zurückzuweisen, die Diskussion und Durchführung dazu benützen möchten, unter die Arbeiter Zweifel über die Richtigkeit der beantragten Dinge zu tragen, und die aus engen persönlichen Interessen die Richtlinien der Partei umbiegen wollen . . . Wir haben schon mit manchen Reorganisierungen Erfahrungen gesammelt, und man muß wahrheitsgemäß sagen, daß viele von ihnen schlecht sind und daß die *Arbeiter auf organisatorische Änderungen oft mit Mißtrauen blicken*. Die Versuche, durch Hinweis auf vergangene Reorganisationen die Bedeutung der vorbereiteten Maßnahmen herabzusetzen . . . , müssen überall entschieden abgelehnt werden.»

Dem Spott der Arbeiter über die ständigen von oben angeordneten Umkämpfungsmaßnahmen, die das Grundübel, nämlich das kommunistische Gewaltregime, unberührt lassen und daher auch wirkungslos bleiben, sucht man durch einen neuartig klingenden Einfall zu begegnen: einer freundlichen Einladung an alle Parteimitglieder und die ganze Öffentlichkeit, Vorschläge für die Reform der Wirtschaft zu erstatten. Ein vom Zentralkomitee im Oktober

beschlossener Brief «an alle Organisationen und Mitglieder der Partei» schlägt Töne an, die ungewohnt und angesichts der Gegebenheiten voll unfreiwilligen Humors sind:

«Das Zentralkomitee will sich mit allen beraten und ihre Vorschläge hören... Das Zentralkomitee appelliert an alle Werktätigen, sich zu den Vorschlägen zu äußern, deren Verwirklichung zur Überwindung der Mängel beiträgt... Das Zentralkomitee legt den Werktätigen die Frage vor, wie bei der Verkürzung der Arbeitszeit weiter vorgegangen werden soll... Das Zentralkomitee wendet sich an alle Werktätigen unseres Landes mit der Aufforderung, sich dazu zu äußern, wie man die Politik der Partei noch besser verwirklichen kann...»

Die Arbeiter, die plötzlich derart umschmeichelt werden, dürften sich durch den freundlichen Ton nicht darüber täuschen lassen, daß man nicht ihre wahre Meinung hören will, sondern höchstens Vorschläge darüber, wie man sie noch wirksamer ausbeuten könnte. In dem freundlichsten Brief, den sie je von ihren Unterdrückern erhalten haben, wird, um allen Mißverständnissen vorzubeugen, gleich gesagt, daß es an den Grundzügen der kommunistischen Politik nichts zu drehen, nichts zu deuteln und nichts zu ändern gibt. Auf der ZK-Tagung hatte man nicht gewagt, die Forderung nach – dem jugoslawischen und polnischen Muster folgenden – *Arbeiterräten* auch nur mit Namen zu nennen. Nichtsdestoweniger hat man in den Beratungen viel Zeit dafür vergeudet, «nachzuweisen», daß eine solche Reform nicht notwendig ist... Würde man das auch tun, wenn sich an dem Vorbild in anderen Ländern nicht eine eindeutige, oppositionelle Parole entzündet hätte? Die Versicherungen der Parteiführer, man brauche etwas nicht, was beim Namen zu nennen offenbar schon überflüssig ist, fanden in dem Rundschreiben ihren Niederschlag:

«Die Partei und die Werktätigen sind sich darin einig, daß es nicht nötig ist, zur Steigerung der Beteiligung der Werktätigen an der Leitung und an der Lösung der Fragen in den Betrieben andere Methoden zu suchen als jene, die durch die Gewerkschaftsorganisation angewendet werden.»

Sollte ein Werktätiger vielleicht doch nicht mit der Partei im Verzicht auf «andere Methoden» – welche mögen das nur sein? – einig gehen, wird ihm vorsichtshalber gleich gedroht:

«Es gehört zur Aufgabe der Gewerkschaftsorganisation, entschiedener als bisher gegen liberalistische, demagogische Tendenzen aufzutreten, die sich oft hinter gefälligen und ‚revolutionären‘ Lösungen zur Wahrung der ‚Interessen‘ der Werktätigen verbergen, die aber in Wirklichkeit der Sache des Sozialismus Schaden zufügen. Die *Gewerkschaftsorganisationen müssen gegen unberechtigte Lohnforderungen*, die Verletzung der Arbeitsdisziplin und gegen den Mißbrauch der Nationalversicherung auftreten...»

Welche wirkliche Gewerkschaft würde sich ein nicht von ihren Mitgliedern ausgesprochenes «Muß» gefallen lassen? Welche würde sich zum Büttel des Arbeitgebers, zum Polizisten, zum Helfershelfer der Ausbeutung hergeben? In der Tschechoslowakei geht das, was sich dort «Gewerkschaft» nennt, wie wir sehen werden, noch viel weiter.

Verschlechterung der Krankenversicherung

«Mißbrauch der Nationalversicherung» ist nichts als eine der letzten dem Arbeiter gebliebenen Waffen: er meldet sich eher krank, als er es unter normalen Verhältnissen täte, in der Annahme, man werde ihm schon nicht draufkommen. Bezeichnenderweise ist es die «Gewerkschaft», die die Krankenversicherung in der Hand hat, um jedem eventuellen «Mißbrauch» durch ihre Mitglieder vorzubeugen. Trotzdem haben sich in der letzten Zeit die Klagen über den immer steigenden «Absentismus», den Schichtenbummel, wesentlich verstärkt. Einer von der «Gewerkschaftszentrale» (!) ausgearbeiteten Aufstellung zufolge würde die Herabsetzung des Fernbleibens der Arbeiter um nur 1 Prozent folgende Mehrleistungen in einem Jahr ermöglichen: 281 000 Tonnen Steinkohle, 72 000 Tonnen Stahl, 1025 Traktoren, 1600 Personenautos oder 8300 Motorräder sowie 36 Millionen Ziegel. Was macht ein kommunistisches Regime in einem solchen Falle? Es verschlechtert die Krankenversicherung, um den Arbeitern das Kranksein zu versauern, und läßt das durch die «Gewerkschaft» verlautbaren! Laut einer im Amtsblatt veröffentlichten Kundmachung der «Gewerkschaftszentrale» werden jetzt die Überstundenzuschläge nicht mehr in die zur Berechnung des Krankengeldes maßgebenden Löhne eingerechnet. Und das wagt ein «Arbeiterstaat» zu tun, der die Arbeiter nicht einmal formell nach ihrer Meinung dazu fragt!

Versagen auf der ganzen Linie

Der Rundbrief an die «lieben Arbeiter» kann nicht umhin, zur Begründung der unumgänglich gewordenen Kürzung der geplanten Investitionen folgende Bankrotterklärung zu machen:

«Bei der Verwirklichung der Aufgaben des sozialistischen Aufbaus zeigen sich gegenwärtig ernste Mängel und Probleme, die vor allem innere Ursachen haben. Der bisherige Stand der Leitung und Planung entspricht nicht dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte... Der... Grundsatz, besser und billiger zu erzeugen, wird nicht so konsequent angewendet, wie es das schnelle Wachstum der Bedürfnisse der Produktion und der Bevölkerung erfordert... In der Produktion der Industrie und im Bauwesen kam es in den letzten zwei Jahren zur Überschreitung des Verbrauches an Rohstoffen, Material, Brennstoffen und Elektroenergie... Der Plan des Investitionsaufbaus wurde in den vergangenen zwei Jahren gleichfalls nicht zufriedenstellend erfüllt... Außer diesen ern-

stesten Mängeln . . . gibt es eine Reihe von weiteren in einzelnen Wirtschaftszweigen, vor allem im Maschinenbau, im Bauwesen, im Verkehrs- wesen, im Außenhandel und in der Landwirtschaft . . .»

Auf der ZK-Tagung im Oktober hatte es Antonin Novotny, der in der Zwischenzeit seinem Amt als Generalsekretär der Partei das weit unwichtiger des Staatsoberhauptes hinzugefügt hat, ebenso offen herausgesagt:

«Es bestehen große Unzulänglichkeiten in der Lohn- und Arbeitsdisziplin, die sich in der Überschreitung des Lohnfonds, im Ansteigen der Fehlschichten und in erhöhten Ansprüchen an Arbeitskräften bemerkbar machen. Die Mängel in der Industrieproduktion haben vor allem zur Verschlechterung bei der Erfüllung der qualitativen Kennziffern . . . geführt und eine *Herabsetzung des Nationaleinkommens* im Gegensatz zu den Erwartungen des Fünfjahresplanes verursacht.»

Wie es in einer einst leistungsfähigen Industrie aussieht

Angesichts der Bemühungen des tschechoslowakischen Regimes, den alten Platz des Landes als Lieferant von Maschinen und Fabrikseinrichtungen im nichtkommunistischen Ausland wiederzuerobern, ist von besonderem Interesse, was auf der ZK-Tagung und ihr vorausgegangenen Konferenzen über die Leistungsfähigkeit des Maschinenbaus gesagt wurde, der einst Weltstandard hatte. Vizepremier Dolansky, der Wirtschaftsdiktator des Landes, sprach davon, daß «die Lage im Maschinenbau, in den alle gegenwärtigen Hauptprobleme unserer Wirtschaft münden, sehr schwierig» ist. Vorher hatte das schon der Gewerkschaftssekretär Hnilicka an einem Beispiel illustriert:

«Wir erzeugen Dieselmotoren 4-S-110 mit 4 Zylindern, 60 PS, Tourenzahl 1500, die volle 900 kg wiegen. Die gleichen Motoren werden in Westdeutschland erzeugt und wiegen dort 550 kg, das heißt um 350 kg weniger. Viel wertvolles Material, Gerät und Arbeit wird durch Ausschußproduktion vergeudet. Sie hat unsere Wirtschaft im Vorjahr fast um eine Milliarde Kronen geschädigt.»

Der Energieminister Vlasak wußte ein trauriges Lied zu singen, wobei er unabsichtlich verriet, wer der wahre Schuldige an all der Misere ist. Sie wird dadurch erzeugt, daß die kommunistische Parolenschusterei ohne Beziehung zur Realität mit Brachialgewalt zur Staatsmaxime gemacht wird:

«Wenn es uns beim Elektrizitätswerk Parschnitz (bei Trautensu) gelungen ist, dank den Bemühungen der Bauarbeiter mit dem Bau termingerecht fertigzuwerden, ist es uns auch nach halbjährigem Versuchsbetrieb nicht gelungen, eine Reihe ernster Mängel an den Maschinen zu beseitigen, die es verhindern, daß das Werk auf vollen Touren arbeitet. Der Grund liegt darin, daß die Lieferbetriebe des Maschinenbaus im Bemühen, ihre gegenwärtige wirtschaftliche Hauptaufgabe, nämlich den Plan der Brutto-

produktion, zu erfüllen, in der technischen Kontrolle ihrer Erzeugnisse bedenklich nachgelassen, die Verletzung der technologischen Disziplin gestattet und die *Erfüllung des Plans der Bruttoproduktion um jeden Preis* gesichert haben. Beim Kraftwerk Parschnitz allein beträgt der Schaden, der durch die nicht rechtzeitige Fertigstellung hervorgerufen wurde, mehr als 20 Millionen Kronen.»

Gleich darauf beschwerte sich der Brennstoffminister Jonasch über einen durch Nichtbeachtung der technischen Vorschriften im Ostrauer Revier entstandenen Verlust von 240 000 Tonnen Kohle. Dieses Revier, bei dessen Arbeitern starke freigewerkschaftliche und sozialdemokratische Traditionen bestehen, ist seit jeher das Sorgenkind des Regimes. 1957 ist dort die Förderung wieder trotz Anordnung von Sonntagsarbeit gefallen. Ein deutscher Bergarbeiter aus Westböhmen hat schon vor einiger Zeit ein erschreckendes Bild der kommunistischen Unwirtschaft im Bergbau entworfen:

«Die Projektierungsorganisation arbeitet ihre Bauprojekte oftmals ohne jede Verbindung mit dem Investor und dem Bauunternehmen aus. Deshalb werden in den Projekten weder die neue Technik zur wirtschaftlichen Gestaltung der Bauten noch die Produktions- und Materialmöglichkeiten der Bauproduzenten berücksichtigt. So erleidet der Staat Millionenverluste. Es kommt zu überflüssigen Grundaushebungen und Umbauten. Häufig wird der Bau völlig entwertet, weil ihn der Investor nicht mehr braucht. Das ruft dann bei den Werktätigen, die mit eigenen Augen sehen müssen, wie man mit unserem gemeinsamen Eigentum wirtschaftet, Unzufriedenheit hervor.»

Über die Verhältnisse im Ostrauer Revier sagte der gleiche Redner:

«Dank dem sowjetischen und unserem Maschinenbau wurden die wichtigsten Arbeiten im Bergbau bis zu einem gewissen Grade mechanisiert. Ein großer Teil der Arbeitszeit, 25 bis 30 Prozent, wird auf Bohrarbeiten verwendet. Zum Bohren verwenden unsere Witkowitzer Häuser Bohrhämmer mit 1800 Umdrehungen, die vor 30 Jahren konstruiert wurden. In Schweden erzielt man 2800 und in Finnland 3500 Umdrehungen. Mit solchen Maschinen könnte man die Bohrzeit um die Hälfte verkürzen – wenn unser Maschinenbau sie liefern könnte.»

Scheinkampf gegen Bürokratie und Zentralisierung

Große Redegefechte gegen die Bürokratisierung des Lebens und gegen starre Zentralisierung gehören seit Jahren zum unentbehrlichen Requisit kommunistischer Tagungen. Teils heben Scherze auf Kosten der allseits unbeliebten Bürokraten die flau Stimmung, teils sind die Dinge so arg, daß man schwören muß, die Zustände radikal zu ändern. Es bleibt immer beim Schwur, denn die Herrschaft einer terroristischen Minderheit über ein widerstrebendes Volk kann nur durch einen starr zentralisierten Apparat aufrecht-

erhalten werden, dessen ausführende Organe Furcht und Schrecken verbreiten und dadurch allein schon jedem Appell an den gesunden Menschenverstand vorbeugen. Wenn auch immer wieder von neuem alles beim alten bleibt, erfährt man auf kommunistischen Tagungen doch allerhand abschreckende Beispiele dafür, wie das Toben niemandem verantwortlicher Gewalt-herrscher die primitive Vernunft erschlägt. Ein slowakischer Redner beschwerte sich auf der Prager Tagung darüber, daß man Baumaterial aus immer entfernteren Gegenden herbeihole. In den Jahren seit 1952 sei die Durchschnittsentfernung für den Bahntransport von Baumaterial um 10 Kilometer gestiegen, was natürlich einen vergrößerten Kohlenverbrauch, Waggonbedarf usw. im Gefolge hat. Als konkretes Beispiel führte er an, daß ein der Staatsbahnverwaltung gehörender Steinbruch in der Gegend von Kaschau (Ostslowakei) Steine nach Tischnowitz bei Brünn in Mähren (etwa 1000 Kilometer) liefert, obwohl die Tischnowitzter die Steine aus dem etwa 20 Kilometer entfernten Steinbruch in Blansko beziehen könnten. Aber letzterer untersteht nicht der Bahnverwaltung, sondern dem Ministerium für Bauwesen . . .

Die Bedürfnisse der Bevölkerung kommen zuletzt

Die Beispiele für das Versagen kommunistischer Planungsmethoden ließen sich beliebig fortsetzen. Sie haben sich bisher ausschließlich auf den Sektor der Produktionsgüterindustrie bezogen, an dem allein die Kommunisten ein wirkliches Interesse haben, das die Bevölkerung mit ungezählten fehlinvestierten und ihren Bedürfnissen gewaltsam abgezweigten Milliarden zu bezahlen hatte. Nach langjähriger bewußter Vernachlässigung und teilweisen Vernichtung der Konsumgüterindustrie bekunden die Kommunisten nunmehr für die Bedürfnisse der Bevölkerung wenigstens insoweit ein theoretisches Verständnis, als sie eingesehen haben, daß man schwer Bergarbeiter für die Gruben findet, wenn man für sie keine Wohnungen baut. Wohnungsbau an sich als eine sozialpolitische Maßnahme interessiert sie auch weiter nicht. Der Minister für Binnenhandel Krajcir bestätigte, daß die Erzeugung von Ziegeln nur 81 Prozent des geplanten und ohnehin recht bescheidenen Ausmaßes erreicht hat. «Gleichfalls erzielten wir die qualitätsmäßig zufriedenstellende Herstellung mancher Waren nicht, zum Beispiel einiger Sorten von Baumwoll- und Wollstoffen, Anzugstoffen, Strickkleidern und Wäsche.» Und das mehr als zwölf Jahre nach Kriegsschluß in einem Land mit einer der ältesten Textilindustrien Europas!

Sie bleiben die gleichen

Auch das alljährlich wiederholte Eingeständnis des Bankrotts veranlaßt die Kommunisten nicht zu einer Revision, sondern nur zu einer Verstärkung

der Methoden, mit der sie ein blühendes Land mit allen Voraussetzungen zum Wohlstand an den Rand des Abgrunds gebracht haben. Soweit sie Konzessionen an die Bevölkerung machen, tun sie es nur, wenn und insoweit sie dazu zur Durchführung der Dinge, an denen Moskau ein direktes und unabdingbares Interesse hat, gezwungen sind. Nach all den nicht mehr zu übersehenden Willensbekundungen der Arbeiter, die gegen ihre völlige Entrechung aufbegehren, lautet der Auftrag der Partei an die sogenannte «Gewerkschaftszentrale» nicht etwa, den Interessen der Mitgliedschaft ein wenigstens oberflächliches Interesse zu schenken, sondern:

«regelmäßig unter Teilnahme der führenden Wirtschaftsfunktionäre die Planerfüllung in den Produktionssektoren und den einzelnen Betrieben zu behandeln, operativ einzugreifen und den Betrieben zu helfen, in denen Schwierigkeiten entstanden sind und die in der Erfüllung des Plans zurückbleiben . . .»

Dr. Dolansky, der Hauptrepräsentant des Regimes auf dem Gebiete der Wirtschaft, setzte den Schlußstrich unter die Schuldbekenntnisse des Jahres 1957 durch die freimütige Erklärung, daß sich die Kommunisten niemals von Realitäten beeinflussen lassen werden:

«Die Frage könnte gestellt werden, warum so hochgeschraubte Ziele gesetzt werden, da doch 1956 und in diesem Jahr die Planziele nicht überall erreicht wurden. Die neuen jetzt dem Zentralkomitee vorgelegten Aufgaben wurden zunächst einmal nicht willkürlich festgesetzt, sondern sind der Ausdruck der objektiven Bedürfnisse des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft in unserem Land, sind der *ökonomische Ausdruck der programmatischen Ziele der Partei*, und darum kann man von ihnen nicht abgehen.»

Wenn alles darüber zugrunde geht, an der Durchführung des Parteiprogramms wird nichts geändert! Der Zynismus, der da zum Ausdruck kommt, beleuchtet blitzartig, wie wenig sich seit der Abkehr von Stalin im kommunistischen Lager geändert hat!